

3 **WAS GIBT'S NEUES**
... beim StuPa? Wir bringen Euch Up-to-date!

5 **MUSIK DER ZUKUNFT**
... ist sie für alle frei zugänglich und zur freien Gestaltung zugelassen?

6 **LEAVE NO ONE BEHIND ...**
... auch jetzt nicht „liebe“ EU. Was an den Grenzen passiert, schockiert!

7 **ROJAVA ...**
... erneute Grenzüberschreitungen im Konflikt zwischen Türkei und Kurdistan!



Feierei und Clubs: Die nebelige Zukunft kultureller Institutionen.

Bild: kiki

FEIERKULTUR

House every Weekend?

It's Corona Time! – schon wieder. Diesmal beschäftigen wir uns mit dem Erhalt von Kulturbetrieben, um genauer zu sein mit der Frage: Wie steht es um unsere Clubs und Bars?

Wer von uns vermisst es nicht? Das entspannte Bier im Außenbereich einer Bar an einem lauen Sommerabend mit der Meute, beim Feiern bemerken, dass langsam die Sonne wieder aufgeht und die Erkenntnis, dass die letzte Vodka Mate vielleicht doch nicht die beste Idee war oder das Kribbeln im Bauch beim

Anblick des:der perfekten Partners:Partnerin im Nebel des Rausches. Was vor einem Jahr noch unvorstellbar war, ist heute harte Realität. Die Clubs bleiben voraussichtlich noch bis ins nächste Jahr geschlossen und die ersten Betriebe müssen bereits jetzt schon für immer dicht machen. Was für manche jetzt vielleicht im Vergleich zu anderen Nachrichten keine Hiobsbotschaft ist, ist für andere die Kündigung eines Berufs, das Aufgeben einer Utopie oder das Fehlen eines bitter nötigen Ventils. Wir haben uns ein wenig mehr mit dem Thema Clubsterben beschäftigt und mit der Frage: Warum haben auch Clubs ihre Berechtigung in einer Gesellschaft? Die kommenden Monate bedeuten Verzicht.

:Die Redaktion

➔ MEHR IN DIESER AUSGABE

DIGITALE LIVEMUSIK

Campus-Kapellen im Stream

Die Vorrunden starten! Ihr könnt zwei Termine des Campus Ruhrcomer 2020 von Zuhause aus erleben.

Sonst herrscht beim Campus Ruhrcomer, dem jährlich stattfindenden Bandcontest für studentische Musiker:innen, normales Rockkonzert-Ambiente: Kaltes Bier, enges Gedränge, laute Musik und 'ne Menge gute Leute um einen rum. Wir müssen Euch nicht dran erinnern, dass dieses Jahr alles anders ist, auch wenn vieles – wie im Café sitzen – wieder ganz normal zu sein scheint. Wenn auch mit Maske oder dem Hinterlassen der persönlichen Daten. Jetzt habt Ihr die Gelegenheit, ohne das Teilen Eurer Daten Livemusik zu kosten. Die Onlineedition des Campus Ruhrcomer 2020 ermöglicht den Konzertge-



nuss von daheim im Livestream. Dafür wurden die Bands der beiden Vorrunden in den vergangenen Wochen schon mal bei Konzerten, ohne Publikum, in der Trompete gefilmt, sodass Ihr diesen Donnerstag und Freitag sehen könnt, wie die Bands sich so angestellt haben und wer Euer persönlicher Favorit werden könnte.

Von Zuhause aus könnt Ihr dann natürlich auch abstimmen, wer dieses Jahr gewinnen soll. Mit dabei sind in der Vorrunde Eins, am 25. Juni: The Buggs, The Exports, Threepwood 'n Strings, The Muted Fox; und bei Vorrunde Zwei am 26. Juni: Bring Your Own Beer, The Honeyclub, The Bunberries und Rivers Between Us. Zu sehen gibt es das Ganze auf den Streaming-Plattformen von Cooltour.live. Dort könnt Ihr dann auch pro Vorrundey für zwei Bands voten. Zum Finale soll es bald nähere Infos geben. Präsentiert wird das Campus Ruhrcomer vom Akafö-Kulturbüro Boskop.

:Christian Feras Kaddoura

:bszank – Die Glosse

Sommer, Sonne, Cringe! Die Show, mit der die Uni mehr als Werbung gemacht hat, wurde letzte Woche als das Online-sommerfest gefeiert. Tolle Geschichten, alberne Anekdoten und das Wissen, dass Dir jeder in der Erstiwoche um die Ohren haut – Lustig!

Das Sommerfest, das von dem kulturellen Austausch lebt, wurde zur klassischen Cringeshow. Die Künstler:innen drum herum lass ich mal außen vor. Aber das ist ja nicht schlimm gerade, weil die RUB sich in Zeiten von Rassistmusdebatten und Coronaproblemen so solidarisch zeigt. So solidarisch, dass die Studierenden, die jetzt schon überlegen, wie sie den nächsten Semesterbeitrag bezahlen können, mit fancy RUB-Merch zugekleistert wurden und das richtig authentisch und sympathisch. Das romantisierte RUB-Gefühl, kam vielleicht bei einigen an. Jedoch das, was die RUB ausmacht, wurde gewhitewashed. Danke Ruhr-Uni-Bochum, für Deine Vielfalt ;)

:bena

➔ BESUCHE UNS IM NETZ

Alle Artikel und mehr im Internet unter:
Website | bszonline.de
Facebook | :bsz
Twitter | @bszbochum
Instagram | @bszbochum

FINANZEN

Überbrückungshilfe online

Studierende der Hochschulen und FHs können seit dem 16. Juni die Soforthilfe für Studierende beantragen. Doch der Erhalt der maximal 500 Euro monatlich ist an Bedingungen geknüpft.

Viele Studis haben coronabedingt ihren Job verloren oder ihre Einnahmen sind stark zurückgegangen. Typische Studi-Jobs in der Gastronomie wie beispielsweise Kellnern sind derzeit wieder möglich, aber waren es lange nicht. Für allein oder in WG's lebende Studierende ist das ein großes Problem, denn Fixkosten für Miete und Co. müssen gezahlt werden. Dafür wurde eine Soforthilfe geschaffen, die mit bis zu 500 Euro monatlichem Zuschuss helfen soll. Der Online-Antrag für die Überbrückungshilfe ist seit dem 16. Juni verfügbar. Die Bearbeitung der Anträge findet erst ab dem 25. Juni statt, da die Software erst dann freigeschaltet wird, erklärt das Akafo. „Viele Mitarbeiter:innen des AKAFO haben sich spontan freiwillig gemeldet, damit die Studierenden so schnell wie möglich ihre Auszahlung erhalten.“ Außerdem kritisiert das Akafo: „Die jetzige Regelung kommt sehr spät, ist möglicherweise nicht ausreichend und mit sehr viel Aufwand für alle Beteiligten verbunden, da die Studierendenwerke auf sich allein gestellt die Vorgaben des Ministeriums irgendwie organisatorisch umsetzen müssen.“

Wir haben ein paar grundlegende Informationen zusammengestellt, aufgrund derer Ihr abschätzen könnt, ob der Antrag für Euch sinnig ist:



Aufgrund von Covid-19 hast Du Deinen Job verloren oder starke finanzielle Einbußen.



Die Überbrückungshilfe ist unabhängig von Darlehen, Stipendien und BAföG und kann trotzdem beantragt werden, wenn durch Corona eine finanzielle Notlage entstanden ist. Der Zuschuss wird nicht auf das BAföG angerechnet.



Zum Zeitpunkt der Antragsstellung dürfen nicht mehr als 500 Euro auf dem Konto sein.



Unvollständige Anträge werden nicht bearbeitet. Das Nachreichen von Unterlagen ist nicht möglich.



Der Antrag kann nur online auf ueberbrueckungshilfe-studierende.de gestellt werden.



Der Antrag gilt nur für den Monat in dem er gestellt wird. Er kann aber für die Monate Juni, Juli und August gestellt werden.



Es gibt keine Altersgrenze, keine Auflagen zur Regelstudienzeit. Der Zuschuss muss nicht zurückgezahlt werden, auch nicht, wenn ein Job gefunden wird.



Die Soforthilfe kann seit einer Woche beantragt werden: Studis, deren Jobs aufgrund von Covid-19 weggefallen sind, können bis zu 500 Euro Zuschuss bekommen.

Symbolbild: ken



Auch für ein Fern- oder Zweitstudium (sofern es nicht berufsbegleitend ist) ist die Soforthilfe beantragbar.

Mehr zu diesem Thema in der kommenden Ausgabe!

:Kendra Smielowski



INFO:BOX

Weitere Informationen, FAQs, und Hilfestellungen findet Ihr unter:

akafoe.de/ueberbrueckungshilfe
tinyurl.com/dswsoforthilfeFAQ

Den Antrag für den Soforthilfe-Zuschuss findet Ihr hier:

ueberbrueckungshilfe-studierende.de

EPIDEMIE

Bochumer Sicherheitsexperten geben Corona-Warn-App grünes Licht

Die Corona-Warn-App ist in den App-Stores erhältlich und wurde bereits millionenfach gedownloadet. Auch Wissenschaftler:innen des Horst-Görtz-Instituts nutzen die App und entwarnen vor Sicherheitsbedenken.

Vergangene Woche ist die Corona-Warn-App des „Robert Koch-Instituts“ erschienen. Die Tracing-App dient der Nachverfolgung von Infektionsketten des Covid-19 Virus und soll neben weiteren Schutzmaßnahmen dabei helfen, die Pandemie unter Kontrolle zu halten. Im Vorfeld gab es Debatten zur Sicherheit der App, insbesondere im Bereich des Datenschutzes. Wissenschaftler:innen des Bochumer Horst Görtz Instituts für IT-Sicherheit (HGI) beurteilen die App nun als gelungen: „Die Corona-Warn-App entspricht grundsätzlich aktuellen Datenschutzstandards, auch wenn wir im Detail Verbesserungsmöglichkeiten sehen. Wir würden uns aber wünschen, dass die Bundesregierung in einem Gesetz die Zwecke der Nutzung der App eng beschränkt“, erklären Dr. Martin Degeling vom Lehrstuhl für Systemsicherheit und Maximilian Golla vom Max-Planck-Institut für Sicherheit und Privatsphäre Bochum. Auch Prof. Thorsten Holz, Sprecher des HGI befürwortet die App: „Ich selbst habe sie mir eben heruntergeladen und hoffe, dass auch viele andere Menschen diesen Schritt gehen werden.“

Denn nur durch eine breite Nutzung der App können Infektionsketten besser nachvollzogen werden.“

Die App wurde durch die Firmen SAP und die Telekom-Tochter T-Systems entwickelt und geschah im Open Source Verfahren, bei dem die Funktionen und der Quellcode der Software während des Entwicklungsprozesses kontrolliert werden konnte. Damit konnten viele Datenschutzbedenken ausgeräumt werden, da der Einbau von Funktionen, die beispielsweise über die vorgegebenen Zwecke hinausgehen recht einfach entdeckt werden kann. Das Verfahren steht nun als Beispielsmodell für zukünftige Software-Entwicklungsverfahren der Bundesregierung, um Transparenz und technische Sicherheit zu gewährleisten. Trotz der technischen Umsetzung ist ein Kritikpunkt, dass die App nur auf iPhones ab der iOS-Version 13 und auf Android-Smartphones ab der Androidversion 6 lauffähig sind. Darunter fällt beispielsweise das iPhone 6. Grünen-Chef Robert Habeck kritisiert die Limitierung der App: „Dadurch lässt sie ausgerechnet Ältere oder Menschen mit wenig Geld außen vor“, sagte er den Zeitungen der Funke Mediengruppe. „Auch sie müssen erfahren können, ob sie mit Infizierten Kontakt hatten. Die Bundesregierung muss jetzt alles dafür tun, dass möglichst alle Menschen die App nutzen können.“

Mit dem Stand vom Montag, den 22. Juni haben bereits 11,8 Millionen Nutzer:innen die App heruntergeladen. Dies entspricht rund 14 Prozent der Bevölkerung. Im den vergangenen Monaten kursierte in den Medien die Annahme, dass die App zur erfolgreichen Eindämmung des Virus eine Verbreitung von 60 Prozent

benötige. Die Zahl berief sich auf eine Oxford Studie. Allerdings stellte eine der beteiligten Wissenschaftler:innen im Gespräch mit der Süddeutschen Zeitung klar, dass diese Zahl noch auf anderen Annahmen beruhte, bei denen die App die einzige Maßnahme gegen das Virus sei. Bei der derzeitigen Entwicklung von Fallzahlen und zusätzlichen Maßnahmen, reiche eine Verbreitung von 15 Prozent bereits aus, um erste Erfolge in der Unterbrechung von Infektionsketten zu erzielen. Natürlich würde eine noch stärkere Verbreitung noch bessere Erfolge erzielen.

Insgesamt kostete die Entwicklung der App 69 Millionen Euro bis Ende 2021, wovon der größte Anteil in die Instandhaltung der App, den Service und die Serverkosten fließt.

:Stefan Moll



Corona-Warn-App: bereits wenn 15 Prozent der Gesamtbevölkerung die Appdownloaden, können Infektionsketten gefunden und unterbrochen werden.

Bild: stern

HOCHSCHULPOLITIK

Viel nachzuholen im StuPa

Nach einer durch die Corona-Krise bedingten Zwangspause tagte am 17. Juni das Studierendenparlament zum vierten Mal. Dementsprechend gab es viel zu besprechen. Es folgen: Fahrradwerkstatt, Zeiterfassung aber keine Sozialbeitragsminderung.

Viel ist passiert seit dem Beginn der Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie und des in diesem Zusammenhang entschiedenen Lockdowns der Ruhr-Universität. Auf der ersten Sitzung des Studierendenparlaments seit der Wahl des neuen AstA am 17. März gab es dementsprechend viel zu besprechen. In den knapp fünf Stunden

ging es unter anderem um anstehende Neuerungen für die Studierenden im nächsten Semester, neue Räumlichkeiten für den AstA und die aktuelle Situation zwischen dem Landes-Asten-Treffen (LAT) und dem AstA der Ruhr-Universität. Letzterem werden wir in der nächsten Ausgabe noch mehr Platz widmen, diesmal also erst mal die anderen Themen.

Auf eine Frage des RCDS wurde über die Höhe des Sozialbeitrags und eventuelle Rückzahlungen aufgrund des durch die Corona-Krise eingeschränkten Angebots gesprochen. Stellvertretender Sprecher des StuPa und Vorsitzender des Verwaltungsrats David Semenowicz merkte an, dass eine Erhöhung aktuell nicht geplant sei, und auch als Lösung zur Überbrückung von Engpässen nicht angedacht ist. Finanziell stehe es gut um das Akafö, nur die Leerstände bei den Wohnheimen sorgen für verringertes Einkommen. Um Entlassungen und längerfristige Schäden am Angebot

des Akafö zu vermeiden sei jedoch auch eine Senkung oder Rückzahlung des Beitrags nicht im Gespräch. Allgemein wurde darauf hingewiesen: Es sei im Interesse aller Studierenden, dass das Akafö auch in Zukunft seine Aufgaben erfüllen könne.

AstA-Vorsitzender Ron Agethen berichtete im nächsten Tagesordnungspunkt und stellte zuerst den neuen AstA vor. Daraufhin sprach er kurz über die Nutzung der Videokonferenz-Software Zoom, die von der Ruhr-Universität als Lösung für die Online-Lehre adoptiert

wurde. Viele der kritisierten Sicherheitslücken seien mittlerweile behoben, trotzdem suche die RUB weiterhin nach potentiellen Alternativen. Eine größere Neuerung werden auch die neuen Studierendenausweise sein. Diese werden mit einem neuen Chip-System ausgestattet, welches nicht mehr unbedingt ein Lesegerät bedarf, sondern auch mit dem Smartphone gescannt werden kann. Für Studierende, die kein Smartphone besitzen, wird es weiterhin möglich sein ein Lesegerät zu benutzen, welches für den gleichen Preis wie das Aktuelle angeboten werden wird. Erfreuliche Nachrichten gibt es auch zu dem „Glaskasten“ neben der UB: Die derzeit leerstehenden Räumlichkeiten können nun durch den AstA für das Repair-Café und die Fahrradwerkstatt genutzt werden. Von den Auswirkungen des Hackerangriffs seien die Systeme des AstA verschont geblieben, so Agethen.

Ein Upgrade der Software zur Zeiterfassung der Angestellten der Ruhr-Universität wurde durch das Studierendenparlament vorerst nicht bestätigt, da die benötigten drei Angebote nicht eingeholt wurden, obwohl die Höhe der Kosten das verlangt. Von Seiten des AstAs heißt es jedoch, es bedürfe keiner drei Angebote. Außerdem argumentierten sie, dass an der Uni bereits die für die Nutzung von AIDA – der Zeiterfassungssoftware – nötige Hardware installiert sei, und eine Umstellung auf einen anderen Anbieter auch dort Kosten erzeugen würde. Ähnlich verlief es bei der Versicherung für die Nutzung des Glaskastens durch den AstA: Es wurden zwar drei Angebote eingeholt und vorgestellt, Parlamentarier:innen kritisierten jedoch, dass die eingeholten Angebote ihnen nicht zugesandt wurden, weshalb die Abstimmung vertagt wurde.

:Jan-Krischan Spohr



Der Glaskasten an der UB: Hier findet Ihr bald Repair-Café, Fahrradwerkstatt und mehr.
Bild: kjan

CAMPUS-KOLUMNE

RUB Sommerfest 2020 – Online-Edition

Ein Tab: Zoom. Ein Tab: Moodle. Ein Tag Pause!? Ein Tab: Sommerfest 2020!

Das Sommerfest lässt Studierende vom Unistress abschalten! Dieses Jahr begann hier schon der Unterschied, Ihr musstet einschalten, um dabei zu sein. Die Riesenparty auf dem Campus-Gelände musste dieses Jahr... Ihr kennt den Drill: Abgesagt; Digitalisiert; zum Streaming für Zuhause stattgegeben. Die RUB hat daher keine Kosten und Mühen gescheut, um ein über zwei Stunden langes Online-Sommerfest auf die Beine zu stellen, mit Musik, Moderation, Drohnenaufnahmen der Ruhr-Uni, neuem RUB-Merchandise, Masken, Fiege, Bochum und nochmal Bochum!

Mit musikalischen Beiträgen von Joris, Johannes Oerding, Antje Schomaker, Emily Roberts und anderen Künstler:innen und Comedians. Was natürlich bei musikalischen Beiträgen aus Bochum nicht fehlen darf, war eine gemeinsame Coverversion von Herbert Grönemeyers Stadt-Hymne mit zusammengeschnittenen Videos von Bochumer-Bürger:innen, -Urgesteinen, RUB-Mitarbeiter:innen und ein paar Studierenden.



Wirklich Live war vor allem der Stream. Die meisten Beiträge wurden vorzeitig abgefilmt, wie beispielsweise ein kurzes Konzert der Musikerin Emily Roberts im Audimax. Etwas schade ist, dass man nicht mehr Musiker:innen mit lokalem Bezug die Möglichkeit gegeben hat, mal wieder etwas Musik für das RUB- und Bochumer Publikum zu machen und dafür beispielsweise den Musiker Joris engagierte, einen Beitrag gefühlt zwischen zwei anderen Streaming-„Konzerten“ abzufilmen. Andere und vor allem auch kleinere oder lokale Künstler:innen bekommen vermutlich gerade seltener die Möglichkeit aufzutreten, da hätte die RUB diesen eine Chance geben können, statt Künstler:innen, die man gerade ohnehin des häufigeren in Online-Konzerten sieht. Was die RUB-Studierenden sehen wollen ist sowieso eine andere Frage, mit einer klaren Antwort: Peter Kardell. Egal auf welcher Plattform, egal zu welchem Anlass. Die Studierenden wollen den einzig wahren RUB-Rockstar sehen! Der Livechat zum Streaming-Fest war gefüllt mit Wünschen nach Vitamin P.

Vielleicht dann nächstes Mal, wenn noch einmal die Situation entstehen sollte, ein Online Campusfest zu machen, einfach drei Stunden Privat mit Peter Kardell. Spart Geld und stößt allem Anschein nach auf große Nachfrage.

Stattdessen gab es viele Jokes rund um den Hackerangriff, den traurig leeren Festival-Campus, das Online-Semester und Mensaessen. Doch wieso nur ein irgendwie ironisches Bild der Situation des Onlinesemesters darstellen? Wenn es auch manchmal sympathisch sein konnte RUB-Kanzlerin und Rektor als stellvertretende Campus-Chat:innen zu sehen, wirkte das ganze doch zu sehr wie Eigenwerbung. Warum nicht mehr Beiträge von den wunderbar

diversen Facetten der RUB zeigen? Das Sommerfest war ein bisschen zu viel Werbefilm und ein bisschen zu fern ab von Studi-Realitäten. Vielleicht ist auch das den Abstandsregeln geschuldet?

:Christian Feras Kaddoura

KURZMITTEILUNG

Semesterstart 2020/2021

Bewerbung. Für Studieninteressierte, Studienfachwechsler:innen und angehende Masterstudent:innen gibt es ein paar wichtige Nachrichten: Die Bewerbungsfrist für das kommende Semester ist nicht wie üblich der 15. Juli, sondern auf den 20. August festgelegt worden. Diese Frist ist für alle deutschen und internationalen Studienbewerber:innen gültig und gilt auch für die Vergabe der Plätze in der Medizin oder auch Psychologie, die über die Stiftung Hochschulzulassung koordiniert werden. Die Verlängerung der Bewerbungsfrist ändert jedoch nichts an dem Anmeldeverfahren, das wie immer Online über das Bewerbungsportal bewerbung.uv.ruhr-uni-bochum.de verfügbar ist und ab Anfang Juli für Bewerber:innen geöffnet wird.

Zudem werden die Fristen für die Rückmeldung und weitere Details zum neuen Semester gerade fertiggestellt, also wartet auf die Mail vom Peter oder informiert Euch über die offiziellen Ruhr-Universitäts-Kanäle oder bei uns, wie es im nächsten Semester weitergeht.

:bena

KULTUR

Aus für Jacks Partyzentrale

Am 15. Juni wendete sich die Diskothek am Hauptbahnhof an ihr Publikum mit der Nachricht, dass sie schließen würde. Was anfangs nur wie ein weiterer Betrieb erscheint, der aufgrund der aktuellen Lage schließen muss, macht jedoch ein größeres Thema auf. Hier erfährt Ihr, wieso.

Wir befinden uns im dritten Monat der Beschränkungen, verursacht durch die laufende Pandemie. Die ersten Öffnungen in gewissen Bereichen führen uns langsam zurück zu einem gewissen Alltag. Wir können wieder einkaufen und auch wieder Bars oder Restaurants besuchen. Alles scheint einigermaßen unter den Auflagen zu funktionieren. Die einzige Ausnahme scheinen Clubs zu sein. Das Problem: Clubs und andere Kulturbetriebe, die Veranstaltungen wie Partys abhalten, können laut vieler Expert:innen nicht garantieren, dass die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie eingehalten werden können. Was hat das mit der Schließung von Jacks Partyzentrale zu tun?

Jacks Partyzentrale hatte versucht während der Beschränkungen eine Art Barbetrieb einzuführen, um weiterhin Einnahmen zu bekommen und nicht schließen zu müssen. Das scheint aber leider nicht funktioniert zu haben, denn letztes Wochenende fand vorerst die letzte Veranstaltung der Diskothek statt. Es stellt sich also die

Frage: Warum? Ein Grund kann sein, dass nicht genug Gäst:innen erschienen sind und die Einnahmen zu gering waren. Ein anderer kann sein, dass die Maßnahmen zum Schutz solcher Kulturbetriebe fehlen. Zwar erließ die Bundesregierung mit ihrem „Corona-Schutzschild“ eines der „größten Hilfspakete in der Geschichte Deutschlands“, jedoch lassen sich schnell Probleme in diesem Paket erkennen. Zum einen sind viele weitere Maßnahmen den einzelnen Bundesländern überlassen, was heißt, dass der Standort ein massiver Faktor ist, inwieweit einzelne Förderungen auf einen zutreffen. So werden in Berlin wahrscheinlich Kulturbetriebe bessere Förderungen erhalten als zum Beispiel in anderen Bundesländern, da die Interessenvertretung für diese Unternehmen im Vergleich um einiges größer ist. Zum anderen fallen die direkten Finanzhilfen an Betriebe sehr gering aus. Für Betriebe mit bis zu maximal fünf Mitarbeiter:innen gibt es für die nächsten drei Monate 9.000 Euro, selbst für Betriebe mit bis zu maximal zehn Mitarbeiter:innen sind es dann nur 15.000 Euro. Was vielleicht erstmal wie viel Geld wirkt, kann nach abzuziehenden Kosten, wie Miete und Strom, schnell erheblich weniger werden – wobei das auch wieder abhängig vom jeweiligen Standort des Clubs ist. Auch lassen sich Problematiken am Steuerkonzept des Schutzschildes erkennen. Zwar lassen sich Steuervorauszahlungen fürs erste zurückerstatten, müssen aber irgendwann nachgezahlt werden. Da das Hilfspaket für die nächsten drei Monate vorgesehen ist, heißt das, dass nicht genau klar

ist ab wann solche Zahlungen wieder verlangt werden. Hinzu kommt die Prognose, dass vor allem Clubs erstmal bis zum nächsten Jahr geschlossen bleiben sollten. Was passiert also nach den drei Monaten?



Es bleibt abzuwarten, wie sich die Situation in nächster Zeit entwickelt. Feststeht, dass Clubs erstmal nicht mit weiteren Lockerungen rechnen können. So sollte es aber auch in der Verantwortung der Bundesregierung liegen, ein klares Konzept vorzulegen, wie man mit der Ausnahmesituation, die im Fall von Clubs vorliegt, umgeht, um auch diese Betriebe zu schützen. Das Fehlen von Räumen, die in vielen Fällen eine wichtige Rolle in der Identitätsstiftung einzelner Städte bilden und Institutionen der Kulturszene sind, wird auf die ein oder andere Art und Weise bemerkbar werden. Somit sollte die Schließung von Jacks Partyzentrale eine Warnung an uns alle sein, kulturelle Einrichtungen mit geringem wirtschaftlichem Mehrwert nicht zu vergessen und den gesellschaftlichen Wert anzuerkennen.

:Gerit Höller

ÜBERLEBEN

„Ohne Euch wird es ganz still“

Die Pandemie stellt seit Monaten unser geregeltes Leben auf dem Kopf und auch wenn die ersten Bars wieder aufhaben, schreien die Clubs, Diskotheken und Konzerthallen um politische Hilfe.

Eine Sache, die wir alle wissen ist, dass bis zum 31. August keine Großveranstaltungen stattfinden dürfen. Eine Sache, die vor Monaten undenkbar erschien, hat sich zur Normalität gemausert. Selbstredend organisieren sich die Leute und finden ihren Weg, sich mit Menschen zu treffen, zu tanzen und zu amüsieren. Und während die Kiesgrube, ein Freiluftclub, schon zum wöchentlichen Tanzen einlädt, suchen die Dortmunder Clubs immer noch nach einer Alternative um die vielfältige Clubkultur vor dem Vergessen zu retten.

Bei „United we Stream“ haben sich Clubs aus zehn Städten zusammengetan und versuchen unter dem Motto: „Dein Club. Deine Musik. Dein Support“ das Clubfeeling per Stream nach Hause zu bringen. Zusätzlich können Spenden über den „Solishop“ von bis zu 250 Euro pro Spende gesammelt werden. Doch das wird nicht viel daran ändern, dass die finanzielle Not für die Einrichtungen und Künstler:innen immer noch im Mittelpunkt steht.

Deswegen geht die Interessengemeinschaft Club und Kultur Dortmund nun in die Offensive und schreibt einen offenen Brief an den Oberbürgermeister Ullrich

Sierau. Dort heißt es unter anderem, das „Veranstaltungsgewerbe in Dortmund befindet sich derzeit wirtschaftlich am Boden.“ Und weiter: „Das aktuelle Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket der Bundesregierung wird unsere flächendeckend drohende Insolvenz jedoch nicht verhindern können. Denn ohne Einnahmen profitieren wir leider nicht von der Senkung der Umsatzsteuer.“ Zudem seien die Einrichtungen nicht ausreichend vom Bundesprogramm, mit Überbrückungshilfen, bei denen bis zu 80 Prozent übernommen werden sollen, berücksichtigt. Die Forderungen der Initiative sollen nicht nur während der Krise unterstützend sein, sondern auch einen aussichtsreichen Neustart nachhaltig ermöglichen.

Denn auch wenn die Interessengemeinschaft auf den ersten Blick nicht systemrelevant erscheint, würde auch die Kommune von einem Weiterbestand profitieren können, so heißt es seitens der Gemeinschaft, „Wir weisen auf unsere wirtschaftliche Relevanz für zahlreiche Dienstleistungsunternehmen und Wirtschaftszweige wie z. B. das Hotel- und Gastgewerbe, Zulieferbetriebe und den Einzelhandel hin.“ Ein Wegfall dieser Stätten hätte also nicht nur den Verlust vom künstlerischen Nachwuchs zu verkraften, sondern

auch einen großen Einfluss auf das Stadtgeschehen, dass sich zum Negativen wenden könnte.

Aber nicht nur ein offener Brief an den Oberbürgermeister wurde geschrieben. Über Social Media haben sich die Dortmunder Clubs, Livelocations, Veranstalter:innen, Künstler:innen und DJs sichtbar gemacht. Unter dem Namen „Ohne Euch wird es Still“ bewerben sie ihre Forderungen. Und das mit Erfolg. Nach 24-Stunden konnte die Interessengemeinschaft in verschiedenen Medienhäusern vorstellig werden und auf die Missstände aufmerksam machen. Und nicht nur das: Vertreter:innen konnten bei einem Termin im Dortmunder Rathaus den ersten offenen Dialog starten. Doch das Ziel ist noch nicht erreicht und der Weg ist lang. Deswegen ist die Aktion von Social Media in die Stadt gewandert und die Plakate und Poster der Gemeinschaft sind nun für alle sichtbar.

Wer gerne wissen will, wie es für die Clubs und Veranstalter:innen weitergeht, kann dies auf facebook.com/ohne euch dortmund oder tinyurl.com/OhneEuchInstagram verfolgen.

:Abena Appiah

HEY
DORTMUND,
OHNE EUCH
WIRD ES BALD
GANZ STILL.

OHNEEUCHWIRDESSLILL.DE



MUSIKRECHTE

Sierra Kidd setzt ein Zeichen

Am 1. Februar machte ein Tweet von dem Deutschrapper Sierra Kidd die Runde, in dem er schrieb, dass er seine Musik frei nutzbar machen würde. Was das für die Musikindustrie allgemein bedeutet, erfährt Ihr jetzt.

Dass schon seit längerem etwas im Musikgeschäft falsch läuft, ist offensichtlich. Durch die Weiterentwicklung von Popmusik und dem immer größer werdenden Markt, der durch populäre Musik entstand, entwickelte sich Musik zu einer Industrie im 20. Jahrhundert. Wo vor hundert Jahren noch mehrere Labels miteinander in Konkurrenz standen, um die Vorherrschaft auf dem Markt, lässt sich heutzutage relativ genau sagen, dass drei Labels hauptsächlich für den Vertrieb von Musik verantwortlich sind. Diese wären: Warner Music Group, Universal Music Group und Sony Music Entertainment. Es ist zwar so, dass unter diesen Labels verschiedene relativ unabhängige Labels stehen, die alle selbstständig Musik vertreiben können, aber trotzdem Teil einer dieser drei genannten Vertriebe sind. In der Geschichte der Popmusik hat dies immer wieder zu Interessenkonflikten zwischen Künstler:innen und Label geführt, sodass Künstler:innen durch einen Wechsel des Labels keine Rechte an eigenen Liedern hatten, wie Taylor Swift bei den 2019 American Music Awards mitteilte, oder dass Künstler:innen verklagt werden, wenn sie Musik anderer Künstler:innen interpretieren, wie im Fall Juice WRLD und Sting bei dem Song „Lucid

Dreams“. Das Problem dabei ist, dass vor allem aufkommende Musiker:innen, die nicht die Ressourcen großer Labels haben, oftmals in Bedrängnis geraten oder gezwungen sind, schlechten Bedingungen zuzustimmen, um größere Reichweite zu erhalten. Doch was hat das mit Sierra Kidds Tweet zu tun?

Durch das Abtreten an den Rechten zu seinen Songs, stellt Sierra Kidd in Frage, inwiefern Copyright und der Vertrieb von Musik heutzutage noch Relevanz haben. Durch das Entstehen neuer Plattformen und die Möglichkeit kleinerer unabhängiger Unternehmen, den Vertrieb ihrer Musik in die eigene Hand zu nehmen, stellt sich die Frage, welche Rolle, Strukturen aus dem letzten Jahrhundert, in der heutigen Musikindustrie haben müssen. Spotify, Apple und Co. geben vielen Künstler:innen die Möglichkeit, den Vertrieb ihrer Musik günstig selbst in die Hand zu nehmen. Die Rechte bleiben somit in der Hand kleinerer Betriebe, die selbst entscheiden können, inwiefern sie mit dem Copyright ihrer Künstler:innen umgehen und Künstler:innen können im besten Fall selbst entscheiden, ob sie auf ihre Rechte verzichten oder nicht. Musik ist also nicht mehr Teil einer von drei Firmen geleiteten Industrie, sondern es ist die Entscheidung einzelner Musiker:innen, ob sie die Rechte ihrer Musik abtreten möchten oder nicht. Im Fall von Sierra Kidd wird sich wahrscheinlich noch zeigen, ob der Verzicht zu weniger Einnahmen führen wird oder



Musik: Kino für die Ohren.

Bild: kiki

nicht. Feststeht, dass die Bezahlung von Musiker:innen für ihre Dienstleistung verhältnismäßig schlecht ist und oftmals mindestens eine Tour im Jahr nötig ist, um überhaupt Geld zu verdienen. Hinzu kommt im Durchschnitt alle ein bis zwei Jahre ein neues Album mit den dazugehörigen Kosten. Auf Rechte eigener Songs zu bestehen ist insofern also nicht lohnenswert, da die meisten Einnahmen kleinerer Künstler:innen nicht durch den Vertrieb ihrer Musik kommen, sondern durch Live Auftritte.

Sierra Kidd ist definitiv nicht der erste Künstler, der seine Rechte abgetreten hat, jedoch zeigt sich ein Trend, der weg von alten Label-Strukturen hin zu immer kleineren Unternehmen in Eigen-Verantwortung geht. Dies heißt auch mehr Verantwortung für Künstler:innen aber auch mehr Entscheidungsmacht über die eigene Kunst. Was mit der eigenen Musik passiert, sollte logischerweise abhängig von Musiker:innen sein und nicht von deren Buchhalter:innen.

:Gerit Höller

STREAMING

I wanna watch a MUBI tonight

Du willst was gucken, aber weißt nicht was? Es soll kein Trash sein? Am besten günstig oder sogar umsonst? MUBI könnte Dir gefallen!

Für alle die mit Netflix, Disney+, Amazon Prime, der alten DVD-Sammlung oder dem Fernsehen sowieso schon lange durch sind: Schon von MUBI gehört? MUBI ist ein etwas anderer Streaming-Dienst. Klassiker, Kultfilme, Kritiker:innen-Liebhaber, Meilensteine der Filmgeschichte, Independent-Filme und Titel, die man sonst vor allem in Programmkinos finden würde, bilden den Katalog des Streaming-Dienstes. Ganz ohne Werbung! 30 „von Hand ausgewählte“ Titel stehen immer zur Verfügung und wenn einer verschwindet, rückt ein neuer nach. Die Auswahl fällt folglich deutlich überschaubarer aus als auf anderen Streaming-Plattformen, denn MUBI setzt bei der Auswahl seiner

Titel mehr auf Kunst- und Kultur als auf Blockbuster- und Unterhaltungs-Kino. Dabei werden immer wieder verschiedene Specials angeboten, wie diesen Monat „Gesetzlose Sonderlinge: Das Aussenseiter-Kino des Jim Jarmusch“, „Jaques Becker im Doppelpack“ oder auch „Debüts“ bei denen die Erstlingswerke aufsteigender Regisseur:innen präsentiert werden.

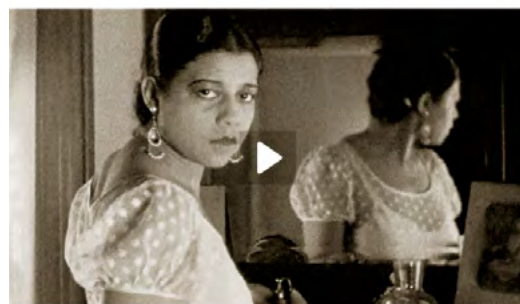
Besonders schön ist die Tatsache, dass die Filme nie ohne Kontext daher kommen. Sei es durch rahmende Beschreibungen; so gibt es bei den Informationen zu Filmen die Kategorien „Darum geht's“ und „Darum sehenswert“, oder durch gesellschaftliche Auslöser, wie im Zuge der Black Lives Matter-Demonstrationen und Protesten gegen rassistische Polizeigewalt, den Film „Within Our Gates“ von Oscar Micheaux, eines der frühesten überlebenden Werke des afroamerikanischen Kinos. Der Film ist aus dem Jahr 1920 und *Darum sehenswert*: „Hier werden die Komplexitäten und Schwierigkeiten im Leben der Schwarzen feinfühlig verwoben. Eine frühe, wahrlich erschütternde Anklage des systematischen Rassismus in Amerika.“ Zum 100-jährigen Jubiläum, leider immer noch mehr als aktuell.

MUBI gibt es bereits seit 2007 und wurde von dem türkischen Entrepreneur Efe Çakarel ins Leben gerufen, der ebenso als CEO der Streaming-Plattform fungiert. Warum wir Euch das Ganze erzählen? Der Streaming-Dienst ist zwar nichts neues, aber neben dem sieben Tage Probe-Abo, gibt es jetzt auch das Angebot für Film-Studierende, den Streaming-Dienst kostenlos zu nutzen. Einfach mit Eurer Uni- oder Hochschul-Mailadresse eintragen, Euer voraussichtliches Abschlussjahr angeben, bestätigen und schon könnt Ihr loslegen (Ansonsten kostet der Strea-

Pionier des afroamerikanischen Kinos: „Within Our Gates“

MUBI

Film des Tages



Within Our Gates

Oscar Micheaux, 1920

ming-Dienst 5,99 Euro im Monat oder 47,88 Euro im Jahr). Also ich schätze mal den Cineast:innen unter Euch kribbelt es schon in den Fingern.

Das Angebot ist natürlich in erster Linie für Film-Studierende angedacht. Also meldet Euch doch schnell an, liebe Medienwissenschaftler:innen! Oder auch Theaterwissenschaftler:innen, weil Film ist ja auch irgendwie eine moderne Art von Theater. Oder die Anglistiker:innen... ich mein, es gibt ziemlich viele Filme auf Englisch...

Ihr findet schon Euren Grund!

:Christian Feras Kaddoura



Dieser Streaming-Dienst ist näher an der Kunst als am Popcorn-Kino: MUBI

Screenshots: fufu

KOMMENTAR

Die StaSi im Handy

Seit dem 16. Juni ist die Corona-Warn App im App Store verfügbar. Eine Funktion, die nach wie vor polarisiert.



Seit nunmehr einer Woche können wir gratis die Corona-Warn-App herunterladen. Eine App, die gefühlt polarisiert, wie sonst wenig. Zumindest in meinem

Umkreis.

Die ersten Nachrichten mit der Frage, ob ich sie schon runtergeladen hätte, erreichten mich am Dienstagabend. Kurz darauf geschah etwas fatales. Der Link zur App wurde in einen Gruppenchat gepostet. Nicht nur, dass Gruppenchats per se schon ätzend sind, weil es nie beim Thema bleibt und es höchstens wenige Minuten dauert, bis das erste Katzenvideo oder Meme drin landet. Nein, diese simple Nachricht, die nur den Link zur App beinhaltete, hat einen Shitstorm losgetreten, bei dem man wirklich an den Rand der Verzweiflung kommt.

Aber bleiben wir zunächst mal bei den Fakten. Die App ist von der Bundesregierung in Auftrag gegeben worden und soll dabei helfen, die Infektionsketten nachvollziehen zu können. Das Prinzip ist denkbar einfach: Die App wird run-

tergeladen, man bekommt einen zufälligen x-stelligen Code zugewiesen, der sich regelmäßig ändert. Über Bluetooth wird der Code mit den Codes von anderen Nutzer:innen in der Umge-

bung getauscht. Besteht nun bei jemandem ein Risiko, dass er Corona hat, und getestet wird, kann er sie das Ergebnis in die App eintragen. In Konsequenz benachrichtigt die App alle Menschen, deren Code sie via Bluetooth erhalten hat mit einer Nachricht, dass sie Kontakt mit einer positiv getesteten Person hatten. Easy as that. Es werden keine Daten abgegriffen, die App ist nach DSGVO-Standard entwickelt, der Quellcode ist online und einsehbar.

Was geschah nun an diesem verhängnisvollen Tag, an dem der Link im Gruppenchat landete? Eine Diskussion brach los. Über Datenschutz, über Staatsüberwachung, über die Warn-App zur Grippewelle, dass das alles nur der Anfang sei. Gespickt von Menschen, die zu besänftigen versuchten und von wieder anderen, die sich bemühten die Diskussion im Keim zu ersticken, in dem sie darauf hinwiesen, dass das ja gar nicht Thema der Gruppe sei und die ersten Gesuche nach Aluhüten waren auch dabei.

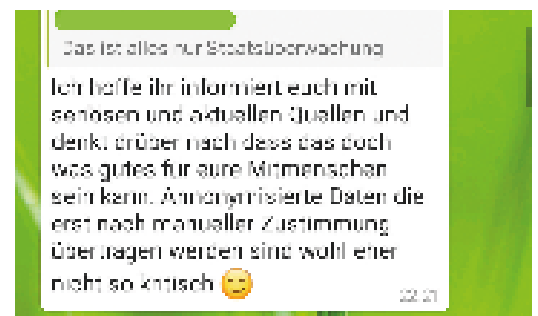
Die ganze Situation einzuordnen fällt schwer. Die ganze Covid-19-Thematik ist ungewohnt und neu für alle. Die einen versuchen damit rational und angemessen entspannt umzugehen, es ist halt jetzt bis auf weiteres unser neuer Alltag und der ist selbstredend ungewohnt und auch unangenehm. Andere sind so verängstigt, dass sie eben andere Erklärungen suchen, die für sie passender erscheinen. Was mich daran stört, ist nicht, dass die Menschen um Ihre Daten besorgt sind. Das ist absolut korrekt und richtig. Was mich daran stört, ist die Tatsache, dass sie bei seriösen Quellen am Datenschutz zweifeln, wenn verschiedene namhafte Institute glaubhaft machen, dass in diesem Punkt kein Grund zur Bedenkllichkeit ist, gleichzeitig aber Facebook, Instagram, Snapchat, Twitter, und Co. nutzen und dort nicht derart kritisch sind. Wenn ich pöbeln wollte, würde ich sagen, auf Insta-



ungefragt Pimmelbilder schicken, und gegen die Corona App hetzen wegen Datenschutz und Privatsphäre.

Wie man damit umgehen sollte, wenn solche Diskussionen losbrechen? Ich weiß es noch nicht. Was ich aber weiß, ist dass ich einer im korinthenkackerigen Deutschland und unter DSGVO-Bedingungen entwickelten App mehr traue als Datenkraken wie Facebook und WhatsApp.

:Kendra Smielowski



KOMMENTAR

Die EU und das Meer

Maskierte Angreifer:innen auf Booten mit Geflüchteten im Mittelmeer wurden der griechischen Küstenwache zugeordnet.



Seit Jahren ertrinken tausende von Menschen im Mittelmeer, auf der Flucht von Krieg und Gewalt, um in Europa ein neues Leben zu starten. Die EU-Außengrenze am Mittelmeer ist eine Todeszone

und die Mitgliedsstaaten am Mittelmeer helfen kräftig dabei mit, dass es so bleibt. Ein Video vom 13. Mai zeigt, wie die griechische Küstenwache Geflüchtete in aufblasbaren Rettungsinseln in der Ägäis zurücklässt. Zudem konnten nun Angriffe von Maskierten rund um die griechischen Inseln auf Boote von Geflüchteten, über die Aktivist:innen und Geflüchtete seit Jahren klagen, mithilfe von Bildvergleichen und forensischen Untersuchungen der griechischen Küstenwache zugeordnet werden. Bei solchen Angriffen wird häufig der Motor der Boote beschädigt und so die Ankunft der Menschen auf den griechischen Inseln verhindert. Zuletzt geschah eine solche Attacke am 4. Juni, bei dem das graue Schlauchboot der Angreifer:innen einem griechischen Küstenwachenschiff zugeordnet wurde. Auch in den griechischen Medien sind Aufnahmen veröffentlicht worden, die zeigen, wie die Küstenwache einem Boot voller Geflüchteter den Motor abnimmt und es dann im Meer zurücklässt.

Leider sind dies keine Einzelfälle, hinter all dem steckt ein System. Während der Westen überall auf der Welt für Krieg und Destabilisierung von Nationen sorgt, wie beispielsweise in Syrien, wo Islamist:innen und der türkische

Faschismus auch mit deutschen Waffen morden, hält man sich die Menschen, deren Existenzen dadurch zerstört werden, doch lieber vom Hals. Während der schäbige Flüchtlingsdeal mit der Türkei gehörig in die Hose ging und dazu führte, dass Erdogan die Geflüchteten an der griechischen Grenze als Druckmittel auf die EU-Staaten einsetzte, ist das Verhalten der Grenzstaaten am Mittelmeer „erfolgreicher“, nämlich tödlich.

In Seenot geratene Boote von Geflüchteten, deren Lage und Situation bekannt ist, werden immer wieder ihrem Schicksal überlassen und die Menschen an Bord damit zum Tode verurteilt. Die Angriffe der griechischen Küstenwache reißen sich damit in das Verhalten von Italien und Malta ein, die anstatt einzugreifen und in Seenot geratenen Booten zu helfen, lieber nichts tun. Dazu kommt die über EU-Mittel finanzierte und unterstützte libysche Küstenwache, die faktisch in eine EU-Grenzpatrouille umfunktioniert wird. Dabei arbeitet die Küstenwache Libyens auch mit Menschenschmuggler:innen zusammen und sperrt Geflüchtete in Internierungslager – alles im Auftrag der Europäischen Union.

Dass nun auch die Behörden der EU selbst sich die Hände schmutzig machen und dafür sorgen, dass Menschen im Mittelmeer ertrinken, ist nur der nächste Schritt in einer Befestigung des Mittelmeers zur tödlichen Grenze zu



Das Mittelmeer als blutige Grenze: Die Europäische Union nimmt den Tod tausender Geflüchteter in Kauf. Symbolbild

Afrika und dem Nahen Osten, um sich die lästigen Geflüchteten vom Hals zu schaffen. Überfüllte Lager in Griechenland, in denen die Geflüchteten in unmenschlichen Verhältnissen leben müssen. Angriffe von Seiten der griechischen Grenze auf Geflüchtete, die ohne eigene Wahl von der Türkei an eben jene Grenze deportiert wurden. Nun auch Angriffe von Seiten der griechischen Küstenwache. Das alles passt ins Bild. Während sich die Europäische Union als weltoffen, grenzenlos und humanistisch präsentiert, zeigen die Ereignisse im Mittelmeer und der griechisch-türkischen Grenze das genaue Gegenteil: Ein blutiges Grenz-Regime, dass den Tod und das Elend von tausenden Geflüchteten willig in Kauf nimmt.

:Philipp Kubu

KRIEG

Wieder Grenzüberschreitungen im Konflikt zwischen Türkei und Kurdistan

Erneut startet die türkische Armee Angriffe auf autonome kurdische Gebiete, nun im Norden des Iraks.

Der Angriffskrieg der Türkei in den kurdischen Gebieten schreitet weiter voran. Zuletzt startete das türkische Militär mit den Operationen „Eagle Claw“ und „Tiger Claw“ Offensiven in den Regionen Kandil, Haftanin und Sindscharf. Die bergigen Gebiete dienen den kurdischen Guerillakämpfer:innen der PKK als Rückzugsgebiete und Hauptquartier, die aufgrund ihrer geographischen Lage schwer einzunehmen sind. Damit sind sie von zentraler Bedeutung für die kurdischen Unabhängigkeitskämpfe. Nun versucht die Türkei die Regionen mittels Land- und Lufttruppen einzunehmen, nachdem sie zuvor regelmäßig mit Drohnen- und Luftangriffen attackierte. Die Offensiven seien laut dem türkischen Verteidigungsministerium gestartet worden, nachdem Kräfte der kurdischen Arbeiter:innenpartei PKK im vergangenen März türkische Stellungen beschossen haben. Dabei seien zwei türkische Soldaten umgekommen. Die PKK wird von der Türkei, EU und USA als Terrororganisation eingestuft. Die Türkei erhielt zudem Unterstützung durch den Iran, der Gebiete in Quandil bombardierte. Bis Ende der Woche seien laut der PKK sechs kurdische und laut der Türkei zwei türkische Soldat:innen umgekommen. Außerdem berichtet die kurdische Regionalregierung fünf zivilistische Tode.

Die Attacken stehen unter scharfer Kritik, denn sie finden ohne die Genehmigung der irakischen Regierung statt, die sich in ihrer

Souveränität verletzt sieht. In Antwort auf die Angriffe berief der Irak den türkischen Botschafter ein. Kurdische Medien sowie Journalist:innen und Aktivist:innen berichten außerdem von Luftschlägen auf Krankenhäuser und Geflüchtetenlager, wie zum Beispiel das Camp Mahmour, in dem sich unter anderem jesidische Vertriebe befinden, die vor IS-Terrorgruppen flüchteten. Der Einmarsch in die nordirakischen Gebiete und die Bombardierung von zivilen Einrichtungen stehen im Widerspruch zu gängigem Völkerrecht.



Der Konflikt zwischen der Türkei und der PKK reicht bis in die 80er Jahre zurück. Nachdem 2015 ein Waffenstillstand beidseitig aufgelöst wurde, startete die Türkei einen Angriffskrieg in die autonomen kurdischen Gebiete im nordsyrischen Rojava. Mittlerweile hat sie dort eine sogenannte „Sicherheitszone“ eingerichtet. Die Türkei gibt an, den Krieg als Präventivschlag gegen Terror zu führen. Diese Begründung wird von Beobachter:innen allerdings angezweifelt. So befand ein Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages, dass die Offensiven auf Rojava seit Ende vergangenen Jahres völkerrechtswidrig sind. Auch die Angriffe auf das nordsyrische Gebiet Afrin im Jahr 2018 konnten nicht völkerrechtlich begründet werden. Ein Selbstverteidigungsrecht sei damals „selbst bei großzügiger Auslegung“ nicht zu erkennen, so das Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages. Diese Begutachtung steht im Kontrast zur Kommunikation der Bundesregierung, die bisher vermieden hat, von völkerrechtlichen Vergehen zu sprechen und stattdessen Begriffe wie „Militäroperationen“, die „neues menschliches Leid“ hervorbringen, gesprochen. Auch bei den neuen Angriffen in den kurdisch-irakischen Gebieten beruft sich die Türkei auf ihr Selbstverteidigungsrecht, doch ähnlich wie bei den bisherigen Angriffen ist diese Begründung auch hier stark zu bezweifeln.

Auch Amnesty International verfasste einen Bericht, der der Türkei Kriegsverbrechen vorwarf. So habe die türkische Armee Angriffe in Wohngebieten geführt, unter anderem auf ein Wohnhaus, eine Bäckerei und eine Schule.

:Stefan Moll



Proteste gegen Erdoğan: Der türkische Präsident führt seit 2015 mit Unterstützung von Russland, Syrien und mithilfe von deutschem Kriegsgerät einen Angriffskrieg in den kurdisch-autonomen Gebieten.

TIME:BOX

März 1970: Teilautonomie für die Autonome Region Kurdistan im Nordirak, 1991 und in den 2000ern Ausbau der Autonomierechte

1990: Erster großer Volksaufstand (Serhildan) in vielen südöstlichen Gebieten der Türkei

2013 bis 2015: Waffenstillstand und Friedensverhandlungen

Juni 2015: Beginn der erneuten türkischen Offensive gegen die PKK, nachdem zwei türkische Polizisten erschossen wurden

Januar bis März 2018: „Operation Olivenzweig“ – Türkische Offensive auf die nordsyrische Stadt Afrin

Oktober 2019: Einmarsch des türkischen Militärs in die nordsyrischen Provinzen



NACH:GESPIELT

Mit der **Insel der Rüstung** für **Pokémon Schwert und Schild** begibt sich die traditionsreiche Serie auf ein neues Gebiet. Denn anders als in vergangenen Generationen der Spielereihe werden die Titel nicht mehr durch Erweiterungseditionen wie Gelb, Kristall, Smaragd und Co. ergänzt, sondern im Geiste der Zeit, durch DLCs. Die kurze Story ist hierbei sehr zweckdienlich und hat den Nutzen, uns durch die Insel zu führen. Diese lässt sich komplett mit freigestellter Kamera erkunden und ist dabei wesentlich detaillierter, als die karge Naturzone des Hauptspiels, bei der das erstmals möglich war. Neue Pokémon gibt es nicht viele, einzig die Galar-Versionen der Flegmon-Entwicklungsreihe sowie der storyzentrale Kung-Fu Bär Dakuma kommen hinzu. Dafür aber kommen viele alte Pokémon zurück und stehen in der achten Generation künftig auch für Onlinekämpfe zur Verfügung. Außerdem gibt es für kompetitive Spieler:innen einige nette Komfortoptionen, wie einen NPC, der alte Pokémon für Rangkämpfe fit macht.

:stem



IMPRESSUM

:bsz – Bochumer Stadt- und Studierendenzzeitung

Herausgeber: AstA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Ron Agethen, Talha Demirci

Redaktion dieser Ausgabe: Abena Appiah (bena), Christian Feras Kaddoura (fufu), Kendra Smielowski (ken), Jan-Krischen Spohr (kjan), Philipp Kubu (kubu), Gerit Höller (kiki), Stefan Moll (stem),

V. i. S. d. P.: Christian Feras Kaddoura

Anschrift:

:bsz
c/o AstA der Ruhr-Universität Bochum
SH Raum 081
Universitätsstr. 150
44780 Bochum
Fon: 0234 32-26900
E-Mail: redaktion@bszonline.de

Im Netz: www.bszonline.de,
facebook.com/bszbochum
twitter.com/bszbochum
instagram.com/bszbochum

Auflage: 2.500
Druck: Megadruck Essen

Bildnachweise: S.1 Anreißer:CC0 S.1 rund: LessHome; Wolfgang Goergens; S.2 Rund: bena; S.4 rund (alle): bena; S.5. rund: fufu;

Die Artikel spiegeln nicht unbedingt die Meinung der gesamten Redaktion wider, sondern sind in erster Linie Werke ihrer Verfasser:innen.

JEMEN

Seit 2004 wütet im Jemen der Krieg. Ausgelöst durch die versuchte Verhaftung des religiösen Führers Hussein Badreddin al-Huthi begannen seine Anhänger, Huthi-Rebellen genannt, einen Aufstand, der zu einem Bürgerkrieg eskalierte und die militärische Intervention einer multinationalen Koalition zur Folge hatte. Die durch den Konflikt ausgelöste Hungersnot sowie der durch diverse Epidemien ausgelöste Zusammenbruch des Gesundheitssystems führen zu einer der schwersten humanitären Krisen.

Nach Jahren von Chaos und Gewalt gelang es den schiitischen Huthi-Rebellen Anfang 2015 den Präsidentenpalast in der Hauptstadt Sanaa einzunehmen, woraufhin sie das Parlament auflösten. Sie setzten Präsident Hadi und die Regierung unter Hausarrest und übernahmen so de-facto die Herrschaft über das Land. Nachdem Präsident Hadi in saudi-arabische Obhut flüchtete, begann im März 2015 unter dem Namen „Decisive Storm“ eine militärische Intervention unter der Führung Saudi-Arabiens, um das Land von den Rebellen zu befreien und Präsident Hadi wieder einzusetzen. Der Militärkoalition schlossen sich Ägypten, Bahrain, Katar (bis 2017), Kuwait, die Vereinigten Arabischen Emirate, Jordanien und Marokko (bis 2019), sowie Sudan und Senegal an. Unterstützt wird die Koalition logistisch von den USA, Frankreich und Großbritannien. Ebenfalls in den Krieg involviert sind Ableger von al-Qaida und dem IS, die zwar eigene Ziele verfolgen, aber ebenfalls die Huthi-Rebellen bekämpfen und den Vormarsch der Militärkoalition nutzen, um die von den Rebellen gesäuberten Gebiete unter ihre Kontrolle zu bekommen.

Die von der Koalition durchgeführten Luftangriffe sorgten immer wieder für Kritik von Seiten von humanitären Organisationen. Die Angriffe hatten häufig zivile Einrichtungen, aber auch Flüchtlingslager, als Ziel. Tausende Zivilisten sind durch diese Angriffe ums Leben gekommen, zusätzlich verschlechterte sich die Versorgung und humanitäre Lage der Bevölkerung durch die Zerstörung. Auch die Seeblockade des Jemens durch Saudi-Arabien und seine Verbündete sorgt für Kritik. Für die sich immer weiter verschlimmernde humanitäre Katastrophe wird vor allem eben diese Seeblockade verantwortlich gemacht. UNICEF beschreibt die Lage für Kinder im Jemen als „living hell“.

Während die USA, Frankreich und Großbritannien offiziell logistische Unterstützung liefern, sind auch deutsche Waffen in den Krieg involviert. Seit Jahren gehören die Golfstaaten zu den wichtigsten Abnehmern deutscher Rüstungsexporte. Dabei soll

Saudi-Arabien auch deutsche Waffen an dschihadistische Gruppierungen wie al-Qaida und den IS-Ableger im Jemen weitergeben, da diese ebenfalls die Huthi-Rebellen bekämpfen. Zwar wurde im Koalitionsvertrag der aktuellen Bundesregierung ein deutsches

Waffenembargo gegen Kriegsparteien im Jemen-Konflikt verhängt, doch dieses Embargo wurde von Seiten der Bundesregierung bereits im September 2018 gebrochen, als eine umfangreiche Liste von Rüstungslieferungen an Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate genehmigt wurde.

Wie es um die Zukunft des Krieges steht, ist zur Zeit noch offen. Nach fünf Jahren Krieg ist die Koalition um Saudi-Arabien ihrem Ziel kaum näher gekommen. Einer der wichtigsten Koalitionspartner, die Vereinigten Arabischen Emirate, haben bereits ihre Truppen aus dem Jemen abgezogen. Es zeichnet sich langsam ab, dass Saudi-Arabien eine Exit-Strategie sucht, um sich aus dem Konflikt zurückziehen zu können. Dies könnte dafür sorgen, dass sich die Lage im Land wieder entspannt und die Huthi-Rebellen als legitime politische Kraft und damit auch ihr Herrschaftsanspruch von Seiten der Golfstaaten anerkannt wird. Egal wie es weitergeht, es bleibt zu hoffen, dass sich die Lage für die Menschen im Jemen, gerade für die Kinder, so schnell es geht verbessert.

:Philipp Kubu

HUNGERSNOT

Rund 80 Prozent (24 Millionen Menschen) der Bevölkerung sind auf humanitäre Hilfe angewiesen. Durch den anhaltenden Konflikt zwischen Huthi-Rebellen und der durch Saudi-Arabien geführten Militär-Koalition hat sich der Zugang zu Nahrungsmitteln verschlechtert. Laut dem Yemen Humanitarian Report der UNICEF sind rund 7,5 Millionen Menschen auf Nahrungsmittelunterstützung angewiesen und rund 3,2 Millionen Menschen akut unterernährt. Tendenz steigend.

CHOLERA

Im September 2016 kam es zum Ausbruch der Cholera im Jemen. Aufgrund von Müll und eines nicht funktionierenden Abwassersystems verbreitete sich die bakterielle Infektion Cholera unter der Bevölkerung. Die Krankheit ist eigentlich nicht tödlich, jedoch durch die starke Unterernährung im Land, vor allem bei Kindern, und mangelnder Behandlungsmöglichkeiten breitet es sich wie eine Epidemie aus und fordert unzählige Menschenleben.

COVID-19

Laut einem Bericht von Ärzten ohne Grenzen heißt es, dass das Gesundheitssystem durch Corona vollständig zusammengebrochen sei. Auf rund 2,5 Millionen Menschen kommt ein Sauerstoffzylinder, zudem fehlen Ärzt:innen, Medikamente und sauberes Wasser. Offizielle Zahlen sind schwierig zu bekommen, da es dem südlichen Gesundheitsministerium an Testkapazitäten mangelt und das nördliche Gesundheitsministerium die offiziellen Zahlen nicht herausgibt. So seien bis Ende Mai lediglich vier Infektionen erfasst worden von denen nur eine tödlich endete.

:Abena Appiah

Ihr wollt helfen?

SaveTheChildren.org

ProjectHope.org

Islamic-Relief.org

Baitulmaal.org

UNRefugees.org

